

Bundeskantinen künftig von Österreichs Bauernfamilien beliefert

Bauernbund begrüßt Ministerratsbeschluss zur Stärkung einer regionalen öffentlichen Beschaffung



Rund 450.000 Menschen essen in Österreich täglich in öffentlichen Einrichtungen. Hier geht die Bundesregierung jetzt als Vorbild voran und will mit dem Beschluss des Nationalen Aktionsplans zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung (**NaBe**) die heimische Lebensmittelproduktion stärken. Mit dem NaBe-Plan setzt die Regierung insbesondere bei Lebensmitteln neue Standards zum Wohl der Tiere, des Klimas und der Konsumenten.

Zudem schafft diese Maßnahme Einkommen für Bauernfamilien und Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen. „Das ist eine große Errungenschaft für heimische Bauernfamilien“, so Bauernbund-Präsident Georg Strasser.

Regionale Lebensmittel

„Mehr Regionalität in öffentlichen Einrichtungen ist seit Jahren ein zentrales Anliegen des Bauernbundes. Die Corona-Krise hat die Dringlichkeit einer starken, heimischen Lebensmittelversorgung verdeutlicht. Mit dem heutigen Ministerratsbeschluss haben wir einen Meilenstein für Österreichs Bauernfamilien und den Klimaschutz geschafft. Unser jahrelanger Ruf nach mehr Regionalität wurde gehört. Die Bundesregierung geht mit dem Ziel einer 100%igen regionalen Lebensmittelbeschaffung in Bundeskantinen mutig voran. Damit setzt sie die bereits vom Bundeskanzler angekündigte Regionalisierung auf allen Ebenen konsequent um“, betont Strasser.

Kantinen und Kennzeichnung: Bund geht vorbildlich voran

„Die Herkunftskennzeichnung in Kantinen des Bundes ist ein essenzieller Baustein des Aktionsplans nachhaltige Beschaffung. Die Herkunft von Fleisch, Eiern und Milch muss in Zukunft gut sichtbar in der Ausgabe der Bundeskantinen aufliegen. Begrüßenswert ist, dass ausschließlich Fleischprodukte mit dem AMA-Gütesiegel 'Mehr Tierwohl' angeboten werden sollen. Ein besonderes Augenmerk liegt zudem bei der GVO-freien Fütterung. Bis 2025 soll die öffentliche Hand nur mehr Rind- und Schweinefleisch aus GVO-freier Fütterung kaufen“, so Strasser.

Auch die Landesagrarreferentenkonferenz hat auf Initiative von Bundesministerin Elisabeth Köstinger einen einstimmigen Beschluss gefasst, den Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung auch auf Landesebene verpflichtend umzusetzen. 2018 führte die Bundesregierung bereits das Bestbieterprinzip anstatt des Billigstbieterprinzips ein.

„Der günstigste Preis ist zum Glück nicht mehr das entscheidende Kaufkriterium in der öffentlichen Beschaffung. Zusätzlich wurde mit der Gründung des Forums 'Österreich isst regional' eine zentrale Beratungsstelle zur regionalen öffentlichen Lebensmittelbeschaffung ins

Leben gerufen. Zahlreiche weitere Maßnahmen folgen nun. Der Aktionsplan der Bundesregierung sieht klare Kriterien für die öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln vor.

Beispielsweise sollen die Lebensmittel möglichst zu 100% aus der Region stammen sowie das beschaffte Obst und Gemüse möglichst saisonal sein. Auch der Anteil an biologischen Lebensmitteln soll steigen. Das sind Maßnahmen, die die Nachfrage nach Lebensmitteln aus Österreich ankurbeln", freut sich Strasser.

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at